



Regierungsratsbeschluss vom 15. August 2017

Stossrichtung zukünftige Parkplatzpolitik; Ergebnisse Monitoring Parkraumbewirtschaftung und Konzept zur Förderung Quartierparkings

P110675

Revision Parkplatzverordnung (PPV) und diesbezügliche Anpassungen im Bau- und Planungsgesetz: Grundlagen

P160890

1. Der Regierungsrat nimmt die Ergebnisse der Wirkungskontrolle zur Kenntnis.
2. Der Regierungsrat stimmt der Zielsetzung der künftigen Parkraumpolitik zu, ein genügendes Parkplatzangebot sicherzustellen und den Suchverkehr zu reduzieren. Dazu strebt er eine Auslastung der Strassenparkplätze von 90%–95% an.
3. Der Regierungsrat sieht dazu folgende Massnahmen vor:
 - Förderung von privaten Quartierparkings, insbesondere in Quartieren mit sehr hoher Auslastung der Strassenparkplätze
 - Bessere Auslastung der privaten Parkplätze durch Erhöhung der Parkgebühren im Strassenraum auf das Niveau anderer Schweizer Städte

Begründung

Eine erste Wirkungsanalyse der seit 2016 vollständig umgesetzten Parkraumbewirtschaftung zeigt, dass die Auslastung der Parkplätze im öffentlichen Raum leicht reduziert werden konnte. Zudem finden Anwohnerinnen und Anwohner heute leichter einen Parkplatz als früher. Nach wie vor besteht aber in den dicht besiedelten Wohngebieten ein hoher Parkierdruck. Um diesen weiter zu reduzieren und vor allem um eine weitere Verlagerung der Parkierung vom öffentlichen Raum auf Privatareal zu fördern, hat der Regierungsrat beschlossen, die im Vergleich mit anderen Schweizer Städten tiefen Parkgebühren zu erhöhen und die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen zur Förderung der Errichtung von Quartierparkings zu verwenden. Damit strebt er eine Senkung der durchschnittlichen Auslastung der Parkplätze im öffentlichen Raum auf 90% bis 95% an, was die Verfügbarkeit erhöht und den Parkplatzsuchverkehr reduziert. Entsprechende Vorlagen sollen bis Ende 2017 konkret erarbeitet werden.

